

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA		31.12.2014	31.12.2013
		€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		83.249,30	10.192,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		78,00	178,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		99.943,27	121.155,69
		183.270,57	131.525,69
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen an den Bund		595.425,48	0,00
2. Forderungen an den Kreis Bergstraße		1.459.989,76	1.187.646,46
3. sonstige Vermögensgegenstände		4.469.653,10	4.936.610,44
		6.525.068,34	6.124.256,90
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		88.596,33	148.086,28
		6.613.664,67	6.272.343,18
C. Rechnungsabgrenzungsposten		4.668.648,40	4.472.722,21
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	785.454,21
		11.465.583,64	11.662.045,29

	P A S S I V A	
	31.12.2014	31.12.2013
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	50.000,00	50.000,00
II. Verlustvortrag	-835.454,21	-1.005.506,90
III. Jahresüberschuss	1.424.516,90	170.052,69
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	785.454,21
	<u>639.062,69</u>	<u>0,00</u>
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	<u>4.826.111,36</u>	<u>329.932,53</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 134.303,21 (Vorjahr € 51.264,89)	134.303,21	54.325,10
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund	244.386,62	3.473.679,75
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis	1.299.799,85	3.458.111,15
4. sonstige Verbindlichkeiten	202.137,96	237.495,08
	<u>1.880.627,64</u>	<u>7.223.611,08</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>4.119.781,95</u>	<u>4.108.501,68</u>
	<u>11.465.583,64</u>	<u>11.662.045,29</u>

Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	2014 €	2013 €
1. Transfererlöse	86.850.591,37	83.673.936,49
2. sonstige betriebliche Erträge	11.490.833,90	11.106.044,97
3. Transferaufwendungen	-86.850.591,37	-83.673.936,49
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-6.278.929,28	-6.036.773,09
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung € 525.121,03 (Vorjahr € 521.817,24)	-1.761.274,51	-1.744.906,29
	<u>-8.040.203,79</u>	<u>-7.781.679,38</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen	-99.079,83	-69.736,57
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.798.748,79	-3.086.020,21
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.787,71	3.064,88
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>555.589,20</u>	<u>171.673,69</u>
9. Außerordentliche Erträge	870.347,70	0,00
9. sonstige Steuern	-1.420,00	-1.621,00
10. Jahresüberschuss	<u>1.424.516,90</u>	<u>170.052,69</u>

Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim**Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2014****A. Darstellung des Geschäftsverlaufs****1. Aufgaben**

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Wahrnehmung und Durchführung der Aufgaben des Kreises Bergstraße nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Der Kreis Bergstraße war laut der Verordnung zur Zulassung von kommunalen Trägern als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende vom 24.09.2004 (BGBl I, S. 2349) eine von 69 optierenden Kommunen in Deutschland, welche sich bis zum 31.12.2010 befristet vor Ort und zeitnah um die Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen kümmert. Seit dem 01.01.2011 nimmt der Kreis Bergstraße diese Aufgabe unbefristet wahr. Voraussetzung dafür war eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zur Entfristung der Zulassung sowie die Anerkennung der Verpflichtungen nach § 6 Abs. 2 S.1 Nr. 4 SGB II (Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land Hessen) und § 6 Abs. 2 S.1 Nr. 5 SGB II (Erhebung und Übermittlung von Daten) durch den Kreis Bergstraße gegenüber dem Land Hessen. Mit Wirkung ab dem 01.01.2012 haben weitere 41 Kommunen die Zulassung als kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten.

Zu den Aufgaben des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße – Kommunales Jobcenter – gehören gemäß § 1 Abs. 2 der Satzung:

- Entscheidungen über Anträge des gesetzlich geregelten Personenkreises
- Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne Berufsausbildung und sonstiger schwer vermittelbarer Arbeitsloser
- Qualifizierende Beschäftigung für den o. g. Personenkreis
- Wirkungsforschung

Im Jahr 2014 wurden 3.060 Neuanträge gestellt, von denen 894 abgelehnt werden mussten.

Nach dem Grundsatz „fördern und fordern“ konnten im Rahmen der Beratung, Qualifizierung und Vermittlung 2.453 Personen durch Neue Wege wieder in den ersten Arbeitsmarkt und 1.138 Personen in einen 400,- € Job vermittelt werden. Weitere 1.121 Personen konnten durch verschiedene Förderinstrumente zur weiteren Qualifikation und Verbesserung der Vermittlungschancen aktiviert werden. Zusätzlich nahmen 1.371 Personen an unserem internen und externen Sofortangebot Einstiegsoffensive teil.

2. Finanzierung

Der Kreis ist hinsichtlich der Finanzierung der Aufwendungen nach § 46 SGB II der Bundesagentur für Arbeit gleichgestellt. Nach § 6b Abs. 2 Satz 1 SGB II trägt der Bund die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende einschließlich der Verwaltungskosten mit Ausnahme der Aufwendungen für Aufgaben nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2. Die vom Bund zu tragenden Aufwendungen sind insbesondere:

- Sachkosten für Personal einschließlich der Kosten für die Ausstattung von Arbeitsplätzen
- Kosten für TK- und IT-Infrastruktur
- Kosten für bauliche Maßnahmen, Mieten, Schulungs- und Beratungskosten sowie Informationsmaßnahmen
- Grundsicherung für Arbeitssuchende
- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit

Der Kreis trägt gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II die Kosten, die im Zusammenhang mit der ganzheitlichen Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in das Erwerbsleben erforderlich sind. Das sind im Einzelnen:

- Kosten für die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen
- Schuldnerberatung
- Psychosoziale Betreuung
- Suchtberatung
- Leistungen für Mehrbedarf, u. a. für werdende Mütter, Alleinerziehende und Behinderte
- Kosten für Unterkunft und Heizung
- Leistungen für die Erstausrüstung für Wohnungen einschließlich Haushaltsgeräten
- Leistungen für Erstattungen für Bekleidung
- Leistungen für Bildung und Teilhabe

3. Entwicklung

Zu Beginn des Jahres 2014 wurden 7.087 Bedarfsgemeinschaften, was 13.475 Personen entspricht, vom Kommunalen Jobcenter betreut.

Zum Ende des Jahres 2014 betrug die Zahl der Bedarfsgemeinschaften 7.042 (13.588 Personen).

Im Mai 2014 beträgt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften 7.081 (13.559 Personen). Bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2015 wird mit in etwa gleichbleibender Anzahl an Bedarfsgemeinschaften gerechnet.

Seit April 2011 ist das Kommunale Jobcenter zusätzlich mit der Umsetzung des Bildungspaketes der Bundesregierung betraut. Neue Wege übernimmt rechtskreisübergreifend für den Kreis Bergstraße die Organisation und Auszahlung der vielfältigen Leistungen des Bildungspaketes für bedürftige Kinder aus Geringverdienerfamilien. In 2014 wurden rund € 1,4 Mio. für Leistungen des Bildungspaketes (z. B. Klassenfahrten, Lernförderung, Mittagsverpflegung) ausgezahlt.

4. Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden vor allem Investitionen in EDV-Software (T€ 122) getätigt. Darüber hinaus wurden geringwertige Wirtschaftsgüter (Büroausstattung) von T€ 29 beschafft.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden die Aufgaben mit 147,96 Vollzeitäquivalenten bewältigt. Für einen Vollzeitbeschäftigten hat das Vollzeitäquivalent (VZÄ) einen Wert von eins. Die 147,96 VZÄ teilen sich wie folgt auf:

	2014	2013
Betriebsleitung	2,00 VZÄ	2,00 VZÄ
Regionalteamleitung	4,00 VZÄ	4,00 VZÄ
Teamleitung	9,00 VZÄ	9,00 VZÄ
Förderinstrumente, Recht und allgemeine Verwaltung	20,38 VZÄ	23,26 VZÄ
Fallmanagement (inkl. 50Plus und Bürokräfte)	90,46 VZÄ	94,56 VZÄ
BuT	4,85 VZÄ	5,58 VZÄ
Servicepoint	7,50 VZÄ	7,50 VZÄ
Arbeitgeber-Service	6,00 VZÄ	6,41 VZÄ
Außendienst	3,77 VZÄ	3,77 VZÄ

Die Mitarbeiter sind teils beim Kommunalen Jobcenter angestellt, teils vom Kreis Bergstraße oder anderen Landkreisen und Städten abgeordnet.

Die Personalkosten für die 147,96 VZÄ setzen sich wie folgt zusammen:

	€	€
Gehälter und Besoldungen	6.278.929,28	6.036.773,09
soziale Abgaben	1.236.153,48	1.223.089,05
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	525.121,03	521.817,24
weiterberechnete Personalkosten	1.021.118,14	834.385,27
	<u>9.061.321,93</u>	<u>8.616.064,65</u>

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2014 T€ 11.466 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 196 verringert.

Die Aktiva enthalten innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände im Wesentlichen Forderungen aus Rückerstattungen und Darlehen an Maßnahmeteilnehmer, denen in gleicher Höhe Rückstellungen für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen gegenüberstehen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Bruttoforderungen leicht erhöht, aufgrund der höheren erforderlichen Wertberichtigungen in Höhe von T€ 3.882 (Vorjahr T€ 3.203) war insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen. In den Rechnungsabgrenzungsposten sind Transferleistungen abgegrenzt, die das Jahr 2015 betreffen.

Zum 31. Dezember 2014 weist der Eigenbetrieb ein positives Eigenkapital in Höhe von € 639.062,69 aus. Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	€
Stammkapital (in voller Höhe einbezahlt)	50.000,00
Verlustvortrag	- 835.454,21
Jahresergebnis	1.424.516,90
	<u>639.062,69</u>

Die im Wirtschaftsjahr 2014 gebildeten sonstigen Rückstellungen betreffen:

	Stand 01.01.2014	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2014
Urlaubsverpflichtungen	27.750,00	27.750,00	0,00	28.100,00	28.100,00
Überstundenverpflichtungen	249.000,00	249.000,00	0,00	276.800,00	276.800,00
Prozessrisiken	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	29.082,53	0,00	0,00	0,00	29.082,53
Jahresabschlusserstellung und -prüfung	14.100,00	14.100,00	0,00	13.000,00	13.000,00
Rückstellungen für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen					
- gegenüber dem Bund	0,00	0,00	0,00	2.559.401,31	2.559.401,31
- gegenüber dem Kreis	0,00	0,00	0,00	1.909.727,52	1.909.727,52
	<u>329.932,53</u>	<u>290.850,00</u>	<u>0,00</u>	<u>4.787.028,83</u>	<u>4.826.111,36</u>

Im Jahr 2014 wurden die Verbindlichkeiten sowohl gegenüber dem Bund als auch gegenüber dem Kreis systematisch analysiert, was dazu führte, dass bisher bilanzierte Verbindlichkeiten in Höhe von € 870.347,70 ertragswirksam aufgelöst werden konnten. Dieser Betrag ist in der Gewinn- und Verlustrechnung als außerordentlicher Ertrag ausgewiesen.

Zudem wurden diese bisher als Verbindlichkeiten ausgewiesenen Verpflichtungen im Jahresabschluss 2014 in die sonstigen Rückstellungen umgegliedert, da der Zeitpunkt des Eingangs der korrespondierenden Forderungen und somit der Zahlungszeitpunkt der Verpflichtungen unsicher ist. Hierbei handelt es sich schwerpunktmäßig um Rückforderungen gegenüber Kunden des Jobcenters.

Als Verbindlichkeit gegenüber dem Bund wird zum Stichtag nunmehr der Betrag ausgewiesen, der sich aus der Jahresabschlussrechnung mit dem Bundesministerium für Arbeit (BMAS) ergibt.

Für das Jahr 2014 bestehen zum Stichtag Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund in Höhe von € 244.386,62 und gegenüber dem Kreis in Höhe von € 1.299.799,85.

Ende Dezember wurden dem Eigenbetrieb T€ 4.120 vom Bund und Kreis als Vorschuss für die Transferleistungen des Monats Januar 2015 zur Verfügung gestellt. Diese wurden passiv abgegrenzt.

2. Finanzlage

Der Eigenbetrieb erhält finanzielle Mittel zur Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben vom Bund und vom Landkreis. Die Mittel werden bedarfsgerecht abgerufen. Hierzu werden regelmäßig die monatlichen Zahlungsverpflichtungen geplant, auf deren Basis die Zahlungsmittel angefordert werden.

Zum Wirtschaftsjahresende verfügte der Eigenbetrieb über liquide Mittel in Höhe von T€ 89 (Vorjahr T€ 148).

3. Ertragslage

Zur Deckung der Sachkosten zahlt der Bund eine Pauschale. Entsprechend kann es zu Kostenüber- oder -unterdeckungen kommen, so dass beim Eigenbetrieb ein Jahresüberschuss bzw. ein Jahresfehlbetrag auszuweisen ist.

Den Transfererträgen in Höhe von T€ 86.851 und sonstigen Erträgen in Höhe von T€ 11.491 standen insbesondere Transferaufwendungen in Höhe von T€ 86.851, Personalkosten in Höhe von T€ 8.040 und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von T€ 2.799 gegenüber.

Die Transfererlöse und -aufwendungen sind gegenüber 2013 bedingt durch die Regelsatzerhöhung und Anpassung der Mietobergrenzen um T€ 3.177 gestiegen. Dies entspricht einem prozentualen Anstieg um 3,8 %.

Die größten Posten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bildeten die weiterberechneten Personalkosten für abgeordnete Mitarbeiter der Landkreise bzw. Kommunen (T€ 889, Vorjahr T€ 700) und die Raumkosten (T€ 923 Vorjahr T€ 894). Bei erhöhten Aufwendungen vor allem für vom Kreis abgestelltes Personal (+ T€ 187) konnte durch die Zertifizierung von Mitarbeitern erreicht werden, dass ein Teil der Verwaltungskosten (T€ 501) nunmehr im Rahmen der Transferaufwendungen finanziert werden kann und die Verwaltungskosten somit entlastet.

Im Jahr 2014 erfolgte eine ertragswirksame Auflösung von Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 870, die als außerordentliche Erträge ausgewiesen sind. kann der Eigenbetrieb Neue Wege im Jahr 2014 einen Jahresüberschuss von T€ 1.425 ausweisen.

C. Voraussichtliche Entwicklung des Kommunalen Jobcenters

Im Jahr 2015 werden die Transferaufwendungen gegenüber 2014 leicht steigen. Zum 01.01.2015 wurde der Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen um 8,00 € auf 399,00 € erhöht. Auch die Regelsätze für die im Haushalt lebenden Partner und Kinder wurden anteilig erhöht. Die Kosten der Unterkunft werden aufgrund der Anpassung der Mietobergrenzen zum 01.04.2015 nicht das Niveau von 2014 halten können und deutlich steigen.

Aufgrund der prognostizierten Entwicklung des Arbeitsmarktes wird für das Jahr 2015 mit einer ähnlichen Nachfragesituation auf dem Arbeitsmarkt wie in 2014 gerechnet. Analog dazu rechnet der Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße mit einer konstanten Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften.

Ziel wird weiterhin bleiben, Langzeitleistungsbezug zu verhindern und konstant abzubauen. Oft liegen bei dieser Zielgruppe komplexe Problemlagen vor, die nur mittelfristig abzubauen sind. Ein große Herausforderung in der Vermittlung von Langzeitleistungsbeziehern sind vor allem die gesundheitlichen Einschränkungen.

Mit dem Servicepoint Gesundheit und dem daran anschließenden Projekt eoPLUS versucht der Eigenbetrieb Neue Wege diese Herausforderungen anzunehmen. Die Ausweitung des Servicepoint Gesundheit um den berufspsychologischen Dienst und die Bestellung eines zusätzlichen eoPLUS Fallmanager zeigt, dass der Eigenbetrieb in der strategischen Ausrichtung seiner Förderinstrumente den Schwerpunkt im Bereich Gesundheit setzt.

Das Bundesprogramm Perspektive 50+ endet zum 31.12.2015. Die in diesem Programm beschäftigten Mitarbeiter können bis Projektende in das Regelgeschäft übernommen werden. Das vorausschauende und frühzeitige Besetzen von Planstellen mit Mitarbeitern aus dem Projekt hat sich als sehr sinnvoll erwiesen, sodass den Projektmitarbeitern frühzeitig eine berufliche Perspektive nach Projektende geschaffen werden konnte. Die Sondermittel in Höhe von € 1 Mio., die zur Finanzierung der Personalkosten der Projektmitarbeiter sowie spezieller Eingliederungsmaßnahmen für Personen über 50 Jahre eingesetzt wurde, müssen in den kommenden Jahren aus dem allgemeinen Verwaltungskosten- und Eingliederungsbudget getragen werden. Dadurch rechnet der Eigenbetrieb für die kommenden Jahre mit einer Erhöhung der Verwaltungskosten.

Im Rahmen der Zertifizierung nach der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) wurde der Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße – Kommunales Jobcenter – als zertifizierter Träger zugelassen. Die Trägerzulassung erfolgte nach einem erfolgreichen Zertifizierungsverfahren durch einen von der Deutschen Akkreditierungsstelle anerkannten Zertifizierer. Durch die erfolgreiche Zertifizierung ist es dem Eigenbetrieb möglich alle Aufwendungen in der mit eigenen Mitarbeitern durchgeführten „Einstiegsoffensive“ über den Eingliederungstitel zu finanzieren und dadurch die Verwaltungskosten zu entlasten. Dies ist vor allem in Hinblick auf die steigenden Verwaltungskosten in den kommenden Haushaltsjahren durch den Wegfall des Bundesprogramms Perspektive 50+ von hoher Bedeutung und entlastet das Verwaltungskostenbudget.

Der Personalbestand wird sich durch die Übernahme der Mitarbeiter des Projekts 50plus leicht erhöhen. Auch in den Folgejahren wird die Herausforderung bleiben, längere Vakanzen aufgrund von Elternzeit, Krankheitszeiten und Fluktuation aufzufangen. Darüber hinaus wird die Einarbeitung und Schulung neuer Kollegen Kapazitäten binden, so dass die Aktivierung der Langzeitbezieher für die Förderinstrumente – also das Fallmanagement – zu Gunsten der Leistungsgewährung vernachlässigt werden könnte.

Insgesamt wird für das Jahr 2015 mit einem positiven Ergebnis in Höhe von T€ 350 gerechnet.

Konkret rechnen wir für das Wirtschaftsjahr 2015 mit Regelleistungen in Höhe von T€ 47.000.

Durch die Anpassung der Mietobergrenzen rechnen wir mit erhöhten Ausgaben im Bereich Kosten der Unterkunft in Höhe von T€ 1.000 € pro Jahr.

D. Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Eigenbetrieb Neue Wege ist als Sondervermögen in die restriktiven Auflagen für den Kreishaushalt 2015 einbezogen. Insbesondere erwartet das Regierungspräsidium erneut eine restriktive Stellenbewirtschaftung sowie den Verzicht auf die Schaffung neuer Stellen. Die oben beschriebene Stellenproblematik, kann die Zielerreichung (gesetzlich, mit dem Land Hessen und innerbetrieblich) gefährden, zu Mehrbelastung der Mitarbeiter führen und den Personalentwicklungsprozess beeinträchtigen.

Im Hinblick auf die Unternehmensweiterentwicklung und Führungskräfteentwicklung begann der Eigenbetrieb 2014 mit Unterstützung einer externen Beratungsfirma in einer Klausurtagung, Leitsätze guter Führung zu entwickeln. Die regelmäßige Auseinandersetzung unter den Führungskräften des Jobcenters mit ihren Führungsaufgaben und deren Wahrnehmung ist für den Eigenbetrieb im Sinne des kontinuierlichen Entwicklungsprozess von großer Bedeutung.

Im Rahmen der Klausurtagung definierten die Führungskräfte eine Reihe von praktischen Verbesserungsmöglichkeiten ihrer Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation. Die erarbeiteten Leitsätze wurden in einem nächsten Schritt den Mitarbeitern vorgestellt mit der Möglichkeit, diese Leitsätze in einer Projektgruppe nach ihren Wünschen anzupassen und zu erweitern. Die Ergebnisse der Projektgruppe wurden in einer finalen Abstimmung im Rahmen einer Klausurtagung im Mai 2015 verbindlich festgelegt.

Diese Leitsätze sollen im weiteren Verlauf in die einzelnen Teams übertragen werden. Dazu werden in Begleitung mit gfa public sogenannte Teamcards entwickelt, in denen Entwicklungsfelder der einzelnen Teams benannt werden und nach Möglichkeiten gesucht wird, diese Entwicklungsfelder verbindlich zu bearbeiten.

Die Entwicklung der gemeinsamen Leitsätze und deren Umsetzung in den Alltag bietet die Chance eine gemeinsame Identität nachhaltig zu stärken, eine offene und ehrliche Kommunikation zu erreichen, um eine vertrauensvolle und wertschätzende Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu erreichen.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes ist durch die Tätigkeit als Eigenbetrieb des Kreises Bergstraße sichergestellt. Insofern sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Heppenheim, 20. Juli 2015

Dipl. Betriebsw. (FH) Stefan Rechmann
Erster Betriebsleiter

Harald Weiß
Stellvertretender Betriebsleiter

F. Schlussbemerkung

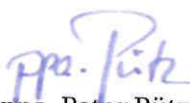
Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 und des Lageberichts für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B unter "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Mannheim, den 25. September 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Dirk Fischer
Wirtschaftsprüfer


ppa. Peter Pütz
Wirtschaftsprüfer

